

für bestimmte Branchen) erhalten haben. (FT, 5.12.01)

Die Verschärfung der Regeln ist auch eine Folge der Spekulationswellen, die mit PT-Aktien verbunden waren. So hatten Anleger zu Recht darauf gesetzt, dass PT-Aktien weiter von den Lokalregierungen finanziell gestützt würden, die sie nicht aus dem Handel gezogen sehen wollten. (XNA, 6.12.02; FT, 5.12.01) -schü-

SVR Hongkong

32 Kandidatur Tung Chee-hwas für zweite Amtszeit als Regierungschef

Lange erwartet, kündigte Tung Chee-hwa am 13. Dezember seine Kandidatur für eine zweite Amtszeit als Regierungschef der Sonderverwaltungsregion Hongkong an, ein Amt, das er seit der Rückgabe der ehemaligen britischen Kronkolonie im Juli 1997 an China innehat. Seine Wiederwahl im März 2002 gilt als sicher, zumal bisher keine Gegenkandidaten in Sicht sind. Formale Voraussetzung für den Antritt zu der Wahl durch einen 800-köpfigen Wahlausschuss am 24. März wird nun noch sein, dass Tung von mindestens 100 Mitgliedern dieses Ausschusses nominiert wird. Gleiches gilt für potenzielle Gegenkandidaten. Gemäß der am 22. Dezember bekannt gegebenen Wahlrichtlinien ist diese Nominierungsprozedur für die zweite Hälfte des Februar 2002 anberaumt; die neue Amtsperiode wird dann zum 1. Juli 2002 beginnen.

Tung Chee-hwa verkündete seine Kandidatur für eine zweite Amtszeit anlässlich eines Empfangs im Hongkonger Convention and Exhibition Centre, zu dem knapp tausend Personen geladen waren, darunter vor allem Angehörige der Geschäftselite und des Beijing-freundlichen politischen Lagers. In seiner Ansprache gestand Tung Versäumnisse und Mängel der Regierungspolitik während seiner ersten Amtszeit ein. Er versprach, dass er diese in Zukunft gezielt ausräumen wolle, wobei er großen Wert auf kritische Reaktionen und Verbesserungs-

vorschläge von Seiten der Öffentlichkeit lege. Er warb um eine „neue Partnerschaft“ mit allen gesellschaftlichen Kreisen, Jung und Alt, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Politikern, Wissenschaftlern sowie Vertretern aller Berufssparten. Zwar würde seine Familie gern mehr Zeit mit ihm verbringen, so verlautbarte der Regierungschef, doch wolle er mit ihrer Unterstützung die Arbeit zu Ende führen, die er 1997 begonnen habe.

Die Betonung einer stärkeren Einbindung der öffentlichen Meinung in den politischen Entscheidungsprozess werteten Kommentatoren als neuartigen Versuch Tung Chee-hwas, sein persönliches Image aufzubessern, das laut Meinungsumfragen seit längerer Zeit auf einem Tief stagniert.

Das politische Programm, das Tung für die zweite Amtszeit ankündigte, besteht im Wesentlichen aus zwei Teilen: Zum einen wolle er Maßnahmen ergreifen, um die Wirtschaft Hongkongs aus der Rezession zu führen und für die Chancen der Globalisierung zu stärken. Zum anderen plane er mit Beginn der zweiten Amtszeit die Umsetzung der Pläne für die Stärkung der politischen Verantwortlichkeit in den Spitzenämtern der Regierung, wie er sie zuletzt in seiner Regierungserklärung vom Oktober 2001 spezifiziert hatte (vgl. C.a., 2001/10, Ü 30).

Laut seiner jüngsten Aussagen sollten ab Juli 2002 die höchsten Regierungsämter in zeitlich befristete politische Ämter verwandelt werden, deren Inhaber der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft abzulegen hätten. Ferner sollte der *Executive Council* reorganisiert werden – wie im Oktober deutlich wurde, plant Tung die Umwandlung dieses Beraterorgans in ein Kabinett, in das er die politischen Spitzenbeamten berufen will. Als weitere Vorhaben im politischen Bereich nannte er die Reform der Verwaltungsstrukturen mit Blick auf eine stärkere „Dienstleistungs-Kultur“ sowie die Stärkung der politischen Aufmerksamkeit für Kritik und Belange der Öffentlichkeit durch die Schaffung eines effektiven Monitoring-Systems. Zwar handelt es sich hierbei vorderhand um durchaus „aufgeklärte“ Forderungen im Sinne einer modernen Verwaltungskultur, doch befürchten Kritiker, dass sich hinter dem

politischen Reformpaket eine Agenda für eine verstärkte Abhängigkeit der Verwaltung von der Person des – nicht demokratisch gewählten – Regierungschefs und für eine noch ausgeprägtere Dominanz der Exekutive im politischen System Hongkongs verbirgt (vgl. ebenda).

Die Proteste gegen eine zweite Amtszeit Tung Chee-hwas, die von einer Koalition von Vertretern des demokratischen Lagers organisiert wurden und die Ende November noch eine relativ große Anzahl von Demonstranten rekrutieren konnten, hielten sich um direkten zeitlichen Umfeld der Kandidatur stark in Grenzen. Zu vereinzelt Protestaktionen kamen nur jeweils wenige Dutzend Personen zusammen.

Dagegen unterstützten zahlreiche Prominente die Kandidatur Tung Chee-hwas, darunter Li Ka-hsing und andere Hongkonger „Tycoons“ sowie Vertreter der Beijing-nahen politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen. Da das Datum der Kandidatur Tungs schon zuvor bekannt war, hatten sich Vertreter der chinesischen Zentralregierung teilweise bereits in den Tagen vor dem 13. Dezember positiv zu dem Kandidaten geäußert. Unter diesen war auch Jiang Zemin persönlich, der während einer Auslandsreise Reportern mitteilte, dass er Tung Chee-hwa die Wiederwahl wünsche und selbst auch an dessen Wiederwahl glaube. Weitere Unterstützung erhielt Tung anlässlich seiner jährlichen „Berichtsreise“ nach Beijing, die er eine Woche später unternahm. In diesem Zusammenhang soll Jiang Zemin geäußert haben, er sehe keine Notwendigkeit für die Aufstellung eines Gegenkandidaten als reinen Selbstzweck.

„The election's over: let the campaign begin“ betitelte ein Kommentator der *South China Morning Post* einen Beitrag, in dem er die paradoxe Situation analysierte, die mit der Kandidatur Tung Chee-hwas eingetreten ist. Da seine Wiederwahl zum Regierungschef bereits jetzt beschlossene Sache sei und sich kaum eine Person finden dürfte, die sich für einen Pro-forma-Gegenkandidaten ohne jegliche Siegeschancen hergeben würde, sei eigentlich kein Anlass für einen Wahlkampf gegeben. Doch könne es sich Tung Chee-hwa nicht leisten, auf eine breit angelegte Wahlkampagne zu verzichten, da

er damit die mangelnde demokratische Legitimität seines Amt allzu deutlich eingestehen würde. Höchstes Ziel sei es unter diesen Umständen für den Kandidaten, bei seiner Nominierung möglichst viele Stimmen aus dem 800-köpfigen Wahlausschuss für sich zu gewinnen. Die Wahlkampagne, für deren Unterstützung Tung unter anderen Sportler und Popstars aufgefahren hat, wird somit weniger auf die Wahl im März als auf die Nominierung im Februar fokussiert sein.

Spöttisch kommentierte ein anderer Artikel der Zeitung: „The real task of the re-election team isn't to harvest votes from the tiny, privileged electorate. It's to persuade the public to get behind a Chief Executive who would lose a poll of the entire community.“ (XNA, 6., 22., 23.12.01; *Ta Kung Pao*, 5., 11.12.01, nach FBIS, 5., 11.12.01; *Zhongguo Xinwen She*, 13.12.01, nach BBC PF, 13.12.01; SCMP, 7., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 17., 18., 19.12.01; AWSJ, 13.12.01, *The Straits Times*, 5.12.01; Radio Television HK, 2., 7., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 19., 20., 23.12.01, nach BBC PF, 2., 7., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 19., 20., 23.12.01) -hol-

33 Streit um Schulbesuch von Kindern ohne Aufenthaltsgenehmigung

In der Hongkonger Öffentlichkeit ist eine heftige Kontroverse über die Entscheidung der Hongkonger Regierung ausgebrochen, Kindern ohne permanente Aufenthaltsgenehmigung den Schulbesuch zu verweigern. Es handelt sich um etwa 180 Kinder im Alter zwischen 3 und 15 Jahren, deren Aufenthaltsstatus noch nicht geklärt ist. Es sind Kinder, deren einer Elternteil Bürger Hongkongs ist, deren anderer Elternteil auf dem Festland lebt und die dort geboren sind. Die Kinder sind teils mit befristeter Besucher-Aufenthaltsgenehmigung oder illegal nach Hongkong gekommen und klagen nun auf Bleiberecht. Solange ihre gerichtlichen Verfahren noch nicht entschieden sind, dürfen sie offiziell in Hongkong bleiben, aber die Regierung hat ihnen kürzlich verboten, eine Schule zu besuchen. Gegen diese Entscheidung erhebt sich eine Welle des Protests von Seiten der

Medien, Kirchen, Menschenrechtsorganisationen und Oppositionsparteien. Sie verweisen auf die internationale Konvention für die Rechte von Kindern, die Hongkong unterzeichnet hat. Danach darf Kindern das Recht auf Schulbildung nicht vorenthalten werden.

Die Regierung verteidigt sich mit dem Argument, die Kinder hielten sich zu Unrecht in Hongkong auf; sie hätten entweder ihre befristete Aufenthaltsgenehmigung überzogen oder seien illegal nach Hongkong gekommen. Nach der bestehenden Rechtsprechung hätten sie kein Anrecht auf Schulbildung, ja es sei ihnen verboten, eine Schule oder Universität zu besuchen. Würde ihnen der Schulbesuch erlaubt, würde dies als falsches Signal aufgefasst werden, die Hongkonger Regierung hätte ihre strikte Einwanderungspolitik gelockert, und dies würde den Einwanderungsstrom von Kindern vom Festland nur verstärken. Die Leiterin des Justizressorts forderte die Eltern sogar auf, die Kinder aufs Festland zurückzuschicken, damit sie dort auf die Gerichtsentscheidung über ihren Status warten und die Schule besuchen können. Im Übrigen gebe es genügend Nichtregierungsorganisationen, die für diese Kinder Kurzzeitkurse veranstalten, und diese seien für Kinder mit befristeter Aufenthaltsgenehmigung geeigneter als reguläre Schulen.

Angesichts anhaltender Proteste und der Tatsache, dass sich mehrere Schulen bereit erklärten, betroffene Kinder aufzunehmen, sah sich die Regierung zum Einlenken genötigt. Sie hält zwar an ihrer Rechtsposition fest, kündigte aber an, dass sie das Verbot des Schulbesuchs neu überdenken und über jeden Fall einzeln entscheiden werde. Damit haben die Kinder zwar nach wie vor keinen Rechtsanspruch auf Schulbesuch in Hongkong, aber es besteht die Hoffnung, dass ein Großteil der betroffenen Kinder die Erlaubnis zum Besuch einer Schule erhält. (Vgl. SCMP, 6., 10., 11., 19.12.01; RTHK, Radio 3, 7., 9., 11., 17.12.01, nach BBC PF, 7., 9., 11., 17.12.01) -st-

34 Währungsanbindung zum US-Dollar soll bestehen bleiben

Dass nun auch Argentinien die direkte Anbindung der eigenen Währung an den US-Dollar aufgegeben hat, entfachte ebenfalls in Hongkong die Diskussion über eine Fortsetzung des derzeitigen *currency board system*. So war dies System zum Schutz gegen Finanzmarktkrisen in den ersten Gesprächen zwischen London und Beijing im Jahre 1983, zwischen der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien und der chinesischen Regierung, vereinbart worden. Jeder Hongkong Dollar ist danach vollständig durch US-Dollar abgesichert (der „peg“), wobei die Hongkonger Währung in einem Wechselkursverhältnis zum US-Dollar von 7,8:1 mit einer geringen Schwankungsbreite gehandelt wird.

Wie bereits bei vergleichbaren Krisen verwies auch diesmal die Hongkonger Regierung darauf, dass an eine Aufhebung der festen Währungsanbindung zum US-Dollar nicht gedacht werde. Mit Blick auf die Krise Argentiniens wurden von Joseph Yam, Präsident der Hongkong Monetary Authority, Hongkongs Zentralbank, die Unterschiede zwischen Argentinien und Hongkong hervorgehoben. Yam, der ein steter Verfechter des *currency board system* ist, verwies auf die hohen Auslandsschulden Argentiniens und die Liquiditätskrise im dortigen Finanzsektor. Dagegen habe Hongkong weltweit die viertgrößten Devisenreserven (112 Mrd. US\$ im November 2001); das Hongkonger Bankensystem sei stabil, und die Banken hätten keine Liquiditätsprobleme. Auch ausländische Analysten kommen bei der Betrachtung der Hongkonger Wirtschaft zu dem Schluss, dass dort die ökonomischen Fundamentaldaten weitaus besser sind als in Argentinien.

Die Diskussion über die Aufhebung des *currency board system* war auch vor einigen Monaten bereits neu belebt worden, nachdem Finanzminister Anthony Leung den „peg“ als Wachstumshindernis bezeichnet hatte, der eine größere wirtschaftspolitische Flexibilität verhindere.

Zu den Nachteilen des „peg“ zählt, dass eine notwendige wirtschaftliche Anpassung statt über den Wechsel-

kurs über die Preise von Vermögenswerten erfolgen muss. In den 90er Jahren, vor allem auch in der Asienkrise, hatte dies zu einem enormen und schmerzhaften Preisverfall bei Immobilien und Aktienpreisen geführt.

Eine weitere negative Wirkung des „peg“ ist, dass die Abwertung in anderen Ländern Hongkongs Exporte weniger wettbewerbsfähig macht. Allerdings wird dies mit Blick auf die enge Handelsverflechtung mit dem chinesischen Festland, das seine Währung ebenfalls über einen Währungskorb mit Dominanz des US-Dollars gebunden hat, als weniger gravierend angesehen. Demgegenüber steht der enorme Vorteil der Stabilität und Berechenbarkeit für ausländische Investoren, der mit der festen Wechselkursrelation zum Dollar verbunden ist. (HB, 13.12. und 10.1.02; AWSJ, 4.01.02; FT, 8.1.02) -schü-

hieße es, „Taiwan sei ein unveräußerlicher Teil der Volksrepublik China, und Japan verstehe und respektiere diese Sichtweise“.

In den Ohren der taiwanischen Regierung klangen diese Worte aus Japan jedoch keineswegs unverfänglich. In Taiwan verstand man ihre Worte vielmehr als Aufforderung, die chinesisch-taiwanische Wiedervereinigung nach dem Muster der Rückgabe der einstigen britischen Kronkolonie Hongkong zu vollziehen. Man nahm in Taiwan daher an, die Ausführungen Tanakas deuteten auf eine stillschweigende generelle Veränderung der japanischen Haltung gegenüber Taiwan und der Frage seines Verhältnisses zum Festland hin. Man befürchtete, mit diesen Kommentaren könnte ein Einschwenken Japans auf die Linie Beijings in der Wiedervereinigungsfrage angedeutet worden sein.

Entsprechend scharf fiel die Reaktion des taiwanischen Außenministeriums aus. In einer Protestnote an Shintaro Yamashita, den Leiter der als inoffizielles Konsulat Japans in Taiwan fungierenden Japanese Interchange Association in Taibei, hieß es u.a., Taiwan sei „eine unabhängige souveräne Nation und könne daher Äußerungen nicht akzeptieren, in denen es auf gleicher Ebene mit Hongkong betrachtet werde“. Auch der inoffizielle Vertreter Taiwans in Japan richtete eine Protestnote ähnlichen Inhalts an das Tokioter Büro der JIA. Darin hieß es weiter, die Zukunft Taiwans werde von der 23 Mio. Menschen zählenden Bevölkerung des unabhängigen und souveränen Landes bestimmt, und ausländischen Beamten werde es nicht gestattet, sich hier einzumischen. Aus dem Außenministerium verlautete es weiter unterstützend, die Republik China sei seit 1912 ein unabhängiges Land. Taiwan und das chinesische Festland stellten gegenwärtig zwei „getrennte politische Gebilde“ dar, und die politische Jurisdiktion der VR China habe sich nie auf Taiwan erstreckt.

In einer ersten Reaktion auf die taiwanischen Proteste ließ das japanische Außenministerium verlautbaren, die japanische Haltung in der Frage der Wiedervereinigung zwischen Taiwan und der VR China habe sich keineswegs gewandelt. Japan ha-

be schon seit langer Zeit vorgeschlagen, die Differenzen zwischen beiden Seiten der Taiwan Straße mit friedlichen Mitteln beizulegen. Letztlich befriedigen konnte Taiwan jedoch erst eine Klarstellung Tanakas im Rahmen einer erneuten Pressekonferenz am 28. Dezember. Hier bezog sie sich wiederum auf das Gemeinsame Kommuniqué zwischen Japan und China von 1972 und erklärte darüber hinaus, sie wisse sehr wohl, dass „Hongkong und Taiwan historisch unterschiedlich“ seien. Sie habe in ihren früheren Bemerkungen lediglich versucht zu betonen, es bedürfe Gesprächen zwischen China und Taiwan und nicht der Ausübung von Machtpolitik. (Kyodo News Service, 26.12.01, nach BBC PF, 27.12.01; Kyodo News Service, 28.12.01, nach BBC PF, 29.12.01; CNAT, 26.12.01, nach TH, 27.12.01; CNAT, 27.12.01, nach BBC PF, 28.12.01; CNAT, 27.12.01, nach FBIS, 28.12.01; CNAT, 28.12.01, nach BBC PF, 30.12.01; TH, 28.12.01) -kg-

Taiwan

35 Protest gegen das japanische Außenministerium

Als äußerst dünnhäutig erwies sich Ende Dezember wieder einmal das taiwanische Außenministerium, wenn es um Stellungnahmen aus dem Ausland im Zusammenhang mit der Frage des Verhältnisses zur Volksrepublik China geht. Diesmal war es die japanische Außenministerin Tanaka, die mit einer Äußerung auf einer Pressekonferenz in Tokio am 25. Dezember in Taiwan den richtigen Nerv traf. Sie hatte gesagt, „sie denke, die Chinesen besäßen die Weisheit, sich mit politischen Fragen Zeit zu lassen. Hongkong sei an China zurückgegangen, und die Situation sei ruhig bereinigt worden, und sie hoffe, die Taiwan-Frage werde in ähnlicher Weise geregelt werden. Japan als benachbartes Land und auch der Rest der Welt sollten Anstrengungen unternehmen, damit diese Frage friedlich beigelegt werden kann.“

Später hatte auch Yasuo Fukuda, Chefkabinettssekretär, ausgeführt, die Haltung Japans in der Taiwan-Frage sei bereits in der Gemeinsamen Erklärung zwischen Beijing und Tokio aus dem Jahr 1972 festgehalten. Dort

36 Taiwan rüstet sich für die WTO und gegen China

Am 1. Januar war es so weit, Taiwan wurde offiziell das 144. Mitglied der Welthandelsorganisation WTO. Aufgrund des Widerstands der Volksrepublik China, die am 11. Dezember zum Vollmitglied geworden war, konnte Taiwans Beitritt erst mit dem Jahreswechsel vollzogen werden. Auch wird die Inselrepublik nicht als souveräner Staat beitreten, sondern als „Eigenständiges Zollterritorium Taiwan, Penghu, Jinmen, Mazu“ oder kurz und bereits aus anderen internationalen Organisationen und bei den Olympischen Spielen bekannt als „Chinesische Taipei“ firmieren. Nach zwölfjährigem Ringen um den Beitritt wird die ständige Vertretung Taiwans in Genf zukünftig 36 Personen umfassen und über ein jährliches Budget von etwa 5,8 Mio. US\$ verfügen. Nach Umfang und Status bemessen wird die taiwanische Delegation somit nach Einschätzung aus Taiwan denen der anderen Mitgliedsökonomien ebenbürtig sein.

Noch im Dezember hatte sich allerdings ein Disput zwischen Taiwan und einigen seiner wichtigsten Handelspartner über Importquoten entsponnen, der international erhebliche Zwei-